Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 53. Sonntag den 4. März. 1849.

Inland.

Berlin, den 3. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Landesgerichts-Rath außer Dienst Jaeckel zu Marienwerder den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Russisch-Polnischen Grenz-Controlleur Hippolyt Nidetzki zu Dobrzyn die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Berlin, den 2. März. Der Preußische Staats-Anzeiger enthält folgende Bekanntmachung:

Die Sendungen der Präsidien und der Mitglieder der beiden Kammern der preußischen Abgeordneten werden unter folgenden Bedingungen auf den preußischen Posten befördert:

Die Portofreiheit tritt ein

1) für alle Briefe und Akten-Sendungen, ohne Beschränkung des Gewichts, welche von den Präsidenten der beiden Kammern abgesandt werden und an dieselben oder an die Kammern unmittelbar eingehen;

2) für alle amtlichen sowohl als Privatbriefe, welche von den Abgeordneten abgesandt werden und an dieselben eingehen, bis zum Gewichte von 2 Loth inklusive.

Auf den Briefen an die Präsidenten und Abgeordneten muß diese Eigenschaft der Adressaten ausgedrückt sein. Die von denselben abgesandten Briefe werden mit dem Namen des Absenders bezeichnet sein. Diejenigen Briefe, welchen diese Bezeichnungen fehlen, haben auf Portofreiheit keinen Anspruch.

Berlin, den 28. Februar 1849.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

Berlin, den 28. Febr. Von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist heute nachfolgende Benachrichtigung an den Handelsstand der Ostseeprovinzen erlassen worden:

„Die Königlich dänische Regierung hat in einer am 23. d. M. datirten, am 26. d. M. übergebenen Note erklärt:

daß Se. Majestät der König von Dänemark sich durch die Malmöer Waffenstillstands-Convention nicht über die ursprünglich für dessen Dauer verabredeten sieben Monate gebunden halten, und daß folgeweise die gedachte Convention am nächsten 26. März ihre Endschaft erreicht haben werde.

Es ist zwar diese Erklärung mit der Bemerkung begleitet worden, daß die Königlich dänische Regierung sich der vertrauensvollen Hoffnung hingebe, es werde der gefaßte Entschluß nicht zu einer Erneuerung der Feindseligkeiten führen, und es berechtigen zwar ferner die jetzt unter englischer Vermittelung in London eröffneten Friedensunterhandlungen zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, noch vor dem wirklichen Ablaufe des Waffenstillstandes wenigstens die Friedens-Präliminarien festzustellen, da sich indeß der Erfolg nicht mit Sicherheit voraussehen läßt, so beeile ich mich, den Handelsstand in den Seehäfen von der Lage der Sache hierdurch in Kenntniß zu setzen, und ihm die den Umständen entsprechende Vorsicht zu empfehlen, indem ich zugleich die Zusicherung aussprechen kann, daß die Staats-Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen wird, welche geeignet sind, den diesseitigen Handel vor Verlusten zu schützen.“

Berlin, den 1. März. Die 14 Mitglieder für die Kommission zur Ausarbeitung der definitiven Geschäfts-Ordnung, zu der jede Abtheilung 2 zu wählen hat, sind: Präsident v. Moeller, de Syo, v. Viebahn, Waldeck, Gellern, Dr. Stein, Dr. Knauth, Hildenhagen, v. Auerswald, Osterath, v. Kleist, Grodbeck und Stolle.

— Das englische Kriegsministerium beabsichtigt die preußischen Helme bei der englischen Infanterie einzuführen. Es sind dazu hier bereits weitere Einleitungen getroffen.

— Die Beerdigung des Prinzen Waldemar, dessen Leiche in voriger Nacht von Potsdam ankam, ist gestern Morgen mit allen einem Königl. Prinzen und hohen Militairbeamten gebührenden Ehren vor sich gegangen, ganz wie es das Programm vorschrieb. Die Blätter berichten bereits darüber. Aus Potsdam erfahren wir darüber Folgendes: Dort traf die Leiche vorgestern Abend 7 Uhr mit einem Extrazuge der Magdeburger Bahn auf der Station am Königlichen Wildpark an. Der Wagen, welcher die Leiche enthielt, war durch Trauerfahnen ausgezeichnet; ein Adjutant des Prinzen begleitete ihn. Der Leichenzug unter Führung eines Königlichen Stallmeisters zu Pferde, nahm seinen Weg durch die Königlichen Gärten von Sans-Souci und die Berliner Vorstadt, woselbst sich zahlreiche Zuschauer eingefunden hatten. Die ganze Feier hatte indeß einen reinen Militair-Charakter, Civil-Behörden waren nirgends bemerkbar. Von der Ankunft des Extrazuges wurde der König sogleich durch einen nach Charlottenburg geschickten Courier in Kenntniß gesetzt. Mit dem Arrangement der Potsdamer Feierlichkeiten war der Geheime Registrator Dohme als Kommissar des Königlichen Hofmarschall-Amtes betraut.

— Die englischen Blätter widmen dem frühen Hinscheiden des Prinzen Waldemar viel Aufmerksamkeit. Dieselben suchen den Grund seiner Reise nach dem Osten, wie seines Aufenthalts in dem entlegenen Münster in einem Verhältniß, in welchem er mit einer hiesigen jungen Dame von Rang und Bildung gestanden haben soll, welches aber höchstens zu einer morganatischen Ehe hätte führen können. Nach der Ansicht jener Blätter hätte seine Entfernung nicht die gewünschte Wirkung hervorgebracht. Es ist inzwischen nicht abzusehen, wie dies Alles nach den absichtlichen Andeutungen der englischen Blätter mit dem Tode des Prinzen in Verbindung gebracht werden soll, der bekanntlich in Folge eines äußeren Körperleidens erfolgte.

— Im Mai wird hierselbst die eben so umfassende als auserlesene Bibliothek des Nestors der Philologen, Friedrich Jakobs, der bekanntlich unlängst im hohen Alter zu Gotha verstarb, zur öffentlichen Versteigerung kommen. Jakobs hatte theils als Bibliothekar der Herzoglichen Bibliothek, theils in Folge seines gelehrten Rufes und der dadurch herbeigeführten Verbindungen mit fast allen wissenschaftlichen Notabilitäten seiner Zeit eine seltene Gelegenheit, der Bibliophilie nachzuhängen und hat sie mit glänzendem Erfolge benutzt. Der sehr sorgfältig gearbeitete, lateinisch abgefaßte Katalog umfaßt nicht weniger als 6157 Nummern, Werke aus fast allem Bereiche menschlicher Wissenschaft. Besonders werthvoll sind darunter die Ausgaben römischer und griechischer Klassiker mit handschriftlichen Randbemerkungen des gelehrten Besitzers. Auch findet sich eine Sammlung von seltenen Kodices. In dem reichhaltigen Vorrath von Briefen ausgezeichneter Persönlichkeiten an Jakobs, welcher mit versteigert werden soll, finden sich Briefe von Wakefield, Porson, van Heusde, Wittenbach, Letronne, R. Rochette, Boissonnade, G. Herrmann, A. Böth, F. Creutzer, A. Meynecke, C. G. Heyne, F. G. Welcker, Aug. May, v. Gräfe, Baumgarten-Crusius, Blumenbach, Brettschneider, Bunsen, Phil. Buttmann, Helmina v. Chézy, Göthe, B. G. Niebuhr, Orelli, Passow, A. W. v. Schlegel. Da Jakobs ein Kopirbuch seiner Antworten auf alle diese Briefe nachgelassen hat, welches mit versteigert werden soll, so wird darin ein höchst interessantes und literarisch wichtiges Material für die Herausgabe dieses Briefwechsels geboten.

PC Berlin, den 1. März. In dem Sitzungssaal der zweiten Kammer erhebt sich gerade über dem Büreau des Präsidenten und der Rednerbühne die Estrade der Minister. Zur Rechten derselben befinden sich also nicht eben wie in England die Freunde des Kabinets. Auf dieser Seite, den Ministern zunächst sitzen die Abgeordneten Schaffraneck, Pilet, Kosch, ferner Unruh, Berg, Phillipps, Rupp, Kirchmann, Moritz, Schultze (früher von Delitsch), Rodbertus, Arntz, Schneider (ehemals von Schönebeck jetzt von Calbe und Aschersleben), weiter nach Links sahen wir Grebel, Bucher, Temme, Bauer von Krotoschin, Potworowski, Libelt, Schramm (Langensalza), Lisiecki, endlich auf der äußersten Linken, die Herren Stein, Elsner, D'Ester, Jakobi, Borchardt, Messerich, Otto (Trier), Simon, Behrends, Gladbach, Waldeck, Kinckel. — Links vom Ministertisch, also auf der Rechten saßen: Riedel, Grabow, ferner Auerswald, Grodbeck, Müller (Siegen), dann Vincke, Borries, Urlichs, Ostermann, Kleist-Reetzow, Viebahn, Martens, endlich Keller, Graf Schwerin, Scheidt, Stiel, Griesheim, Bismark.

Berlin, den 2. März. Heut finden hier die Nachwahlen für die erste Kammer statt. Da der Oberlieutenant Griesheim die Wahl zur zweiten Kammer und Camphausen die in der Rheinprovinz angenommen hat, so hat der erste Wahlbezirk eine, der zweite 2 Nachwahlen zu veranstalten.

— Der Justizminister Rintelen ist bei der Nachwahl in Cöslin zum Deputirten für die erste Kammer gewählt. Es sind demnach jetzt sämmtliche Mitglieder des gegenwärtigen Ministeriums theils für die erste, theils für die zweite Kammer gewählt. Der Ober-Consistorialrath Dr. Nitzsch ist in Landsberg a. d. W. zum Abgeordneten für die erste Kammer gewählt worden.

— Bei Vertheilung der Zuhörer-Karten für die Kammer-Verhandlungen wird diesmal, wie es in andern konstitutionellen Staaten üblich ist, eine gewisse Norm angenommen werden, um die Ueberfüllung der Tribünen zu vermeiden. Es werden daher, wie es heißt, nur so viele Zuhörer-Karten vertheilt werden, daß sie nur zwei Dritttheile der Zahl der Abgeordneten erreichen.

— Das Ministerium beabsichtigt, wie wir aus guter Quelle erfahren, eine Milderung des Belagerungszustandes dadurch eintreten zu lassen, daß es die Beschränkungen der Preßfreiheit sehr bald aufheben wird.

— Briefe aus Dresden melden, daß die politischen Verhältnisse im Königreiche Sachsen in den höchsten Regionen so große Besorgnisse erregt hätten, daß man mit einer größern Militarmacht (jedoch nicht mit Preußen), für den Fall einer etwa eintretenden Katastrophe, im Voraus wegen einer event. Unterstützung durch Truppen Verhandlungen angeknüpft habe.

— Von Brüssel aus wird von wohlunterrichteten Personen mitgetheilt, daß der dortige Congreß schwerlich zu einer Verständigung führen dürfte; die österreichische Regierung zeigt sich sehr unnachgiebig, und will auf Venedig unter keinerlei Umständen verzichten.

— Ein verschiedener Verbrechen, durch die Presse verübt, angeklagter intelligenter Literat äußerte vor einigen Tagen die dringende Bitte gegen seinen Untersuchungsrichter, die Sache doch nach Möglichkeit in der Art zu beschleunigen, daß die Anklage noch vor dem ersten April gegen ihn erhoben werden könne, da er unendlich viel lieber dem Urtheil der jetzigen gelehrten Richter, welche Räthe durch ihre Kenntniß und in Wirklichkeit wären, als dem Ausspruch der Geschworenen, also wirklichen Geheimen Räthen und reichen Bourgeois anheimgegeben sein wolle. Diese Ansicht ist schon so oft auch von minder gebildeten Angeklagten ausgesprochen worden und mit ihr sollen auch so viel Männer von Fach übereinstimmen, daß die in dem Geschwornen-Gesetz angeordnete Revision durch die Kammern zu einem allgemein anerkannten dringenden Bedürfniß geworden zu sein scheint. Und es ist wahr, die Preußischen Richter haben trotz aller äußern Bedrängnisse zum größten Theil ihre Unparteilichkeit und Selbstständigkeit bekundet, während diejenigen Männer, auf welche die Pflicht, Geschworner zu sein, nach dem gedachten Gesetze gefallen ist, wenigstens in Bezug auf Unparteilichkeit in politischer Beziehung dies Vertrauen leider nicht vorweg schon beanspruchen können.

— Zu den vielen neuen Publikationen, welche die Kammereröffnung ins Leben gerufen hat, wird binnen Kurzem noch eine kommen, welche auf die politische Entwickelung des Landmannes berechnet ist. Dieselbe wird „Stadt- und Landbote“ betitelt werden und nach Art der Dorfzeitung redigirt, täglich erscheinen. Die Kosten sollen durch 1200 Aktien zu 5 Thlr. gedeckt werden. Ein Komité, in welchem man die Namen Dr. Virchow, Professor Michelet, Prof. Hotho 2c. nennt, wird das Unternehmen leiten. — Auch ein neues satyrisches Oppositionsblatt, ein Seitenstück zum Kladderadatsch, unter dem Titel: „Die Geißel, Organ des Café de l'Europe,“ wird beabsichtigt. Die Tendenz desselben soll eine unbedingte Opposition gegen alle Parteien sein. Die Unternehmer desselben sind die Hauptmitarbeiter des Kladderadatsch, als: Kalisch, Bahn, Löwenstein und Andere. Das Café bezeichnet den Ort der Hauptzusammenkunft dieser Herren.

Schleswig, den 27. Februar. Auf Betrieb des Dänischen Minister-Residenten in Madrid hat die Spanische Regierung am 18. Decbr. v J. verfügt, daß die Schleswigschen Schiffe in den Spanischen und Spanisch-überseeischen Häfen nur unter Dänischer Flagge und mit Dänischen Schiffspapieren zuzulassen seien. Die gemeinsame Regierung hat sich hierdurch veranlaßt gesehen, eine Verwendung der Centralgewalt bei der Spanischen Regierung in gleichem Sinne, wie dies bei den übrigen Seemächten geschehen ist, zu beantragen. Das Reichsministerium hat darauf die Vermittelung der Preußischen Regierung zum Schutze der Schifffahrt der Herzogthümer auch in Häfen Spaniens und der Spanischen Kolonien in Anspruch genommen.

Rendsburg, den 27. Februar. Es läßt im Volke die Furcht sich nicht ausrotten, daß von den mit den speziellen Landesverhältnissen praktisch nicht bekannten Diplomaten der Großmächte ohne Berücksichtigung der Bedürtnisse und Wünsche der Bevölkerung ein Friede geschlossen werde, der keinen Theil befriedigt, daß aber die Großmächte dann mit ihren Machtsprüchen dem Volke solch einen Friedensabschluß aufzuzwingen sich angelegen sein lassen werden. So fühlt man nun, daß man sich auf seine eigene Kraft wird verlassen müssen, und es fand deshalb auch gestern eine Landwehrversammlung statt, die von allen Gegenden des Landes beschickt war. Der Centralausschuß in Schleswig ist als definitiver bestätigt worden: in den Städten werden die Bürgerwehren eifrig organisirt. Die hiesige Artillerie ist neu organisirt und auf 400 Mann gebracht. Auch in Glückstadt und Kiel bildet sich die Bürgerwehr in dieser Waffe aus.

Hamburg, den 28. Febr. Der hiesige Kaufmannsstand nahm die Nachricht von der Kündigung des Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Deutschland mit phlegmatischer Ruhe auf, weil diese Kündigung einem Jedem, der nur einigermaßen in die internationalen Verhältnisse eingeweiht ist, als ein wohl berechnetes Manöver Seitens des Dänischen Kabinets erscheint, das einerseits die Gemüther durch die Kündigung in eine gewisse Spannung über den Ausgang der Schleswigschen Streitfrage zu versetzen, andererseits aber Vortheile beim Abschluß der Friedens-Angelegenheit hierdurch zu erringen beabsichtigt. Die Fonds und Aktien haben dieserhalb gar keinen Rückzug erlitten; aber das überseeische Geschäft und die transatlantischen Bestellungen u. s. w. erleiden allerdings bis auf Weiteres eine nicht unerhebliche Stagnation. (D. R.)

Frankfurt a. M., den 26. Febr. Die vorgestrige Versammlung im Weidenbusch von Seiten derer, welche den Bundesstaat aufrichtig und auf Grund der ersten Lesung ausgeführt wissen wollen, gab ein erfreuliches Bild fortgeschrittener Einigkeit. Gegenstand der Berathung waren besonders die Statuten des neuen Vereins, welche rasch und ohne nahmhaften Widerspruch nach dem Vorschlage der Commission angenommen wurden, zum Zeichen, daß man, im Wesen und Streben einig, auch leicht die entsprechende Form für die äußere Vereinigung zu finden wußte. Die Zahl der eingezeichneten Mitglieder beläuft sich auf mehr denn 210; auf mehr als dreißig weitere Einzeichnungen ist nach unserer Kenntniß der Versammlung

mit Bestimmtheit zu rechnen, abgesehen davon, daß in der Stunde der Entscheidung, in welcher es sich um Sein oder Nichtsein Deutscher Macht und Einigkeit handelt, gewiß noch manche unserer bisherigen Gegner, welche weiter links stehen, sich für das Vaterland aussprechen werden.

— Während die umlaufenden Gerüchte bisher den Jahrestag der Februar-Revolution als den Termin einer republikanischen Schilderhebung bezeichneten, hört man neuerdings die Wiederkehr der Märztage als eine Veranlassung nennen, die ein in größerem Maßstab angelegtes Unternehmen zu Tage fördern würde. Wie dem aber auch sei, gewiß ist, daß die Reichsgewalt zunächst für die hiesige Gegend ernste Vorsichtsmaßregeln zu treffen bedacht ist. Während in der Stadt selbst die militairischen Vorkehrungen noch in keiner Weise nachgelassen haben und die Garnison von Mainz uns noch um zwei Geschütze, für welche die Bespannung und Mannschaft aus Kassel erwartet wird, verstärkt hat, werden nicht allein die sämmtlichen, bisher noch unbesetzt gebliebenen Ortschaften zwischen hier und Mainz eine Truppen-Einquartierung erhalten, sondern es gewinnt auch das Gerücht an Konsistenz, daß, wie schon im Herbste des vorigen Jahres beschlossen worden, demnächst ein Corps von 20,000 Mann Reichstruppen ein Lager in hiesiger Gegend beziehen wird.

Frankfurt a. M., den 27. Febr. (D. Z.) Der Reichs-Kriegsminister, General von Peucker, ist bedeutend erkrankt.

Frankfurt a. M., den 28. Februar. 177ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Schluß.)
Art. IV. §. 11. des Wahlgesetzes handelt von den Wahlorten und der Heimath der Wähler. Nach geschlossener Debatte wird der §. in folgender Fassung — die erste Hälfte davon nach dem Mehrheits-Vorschlage des Ausschusses — angenommen:

§. 11. „Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen.“

Die Fortsetzung nach dem Antrage von Polatzek und Genossen:

„Der Standort der Soldaten und Militairpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, wenn derselbe seit drei Monaten nicht gewechselt worden ist.“

So wie nach Schorn und Anderen:

„In den Staaten, wo Landwehr besteht, tritt für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren Heimathsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen zur Ausführung der Bestimmung bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.“

Auch §. 12. führt nur eine unerhebliche Debatte herbei, worauf dessen Annahme in der Form des Verfassungs-Ausschusses erfolgt:

§. 12. „In jedem Bezirk sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen; worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.“

Ehe sich die Verhandlung weiter und zu Artikel V. des Wahlgesetzes wendet, theilt der Präsident der Versammlung mit, daß so eben ein Schreiben des Reichs-Minister-Präsidenten an ihn gelange. Dasselbe ist zur Mittheilung an die Versammlung bestimmt, und die sofortige Verlesung erfolgt unter dem tiefen Schweigen der Anwesenden. Der Reichsminister-Präsident überreicht in jenem von 24 Beilagen begleiteten Schreiben dem Hause die sämmtlichen auf das Verfassungswerk bezüglichen Aktenstücke, die in Folge der von dem Reichs-Ministerium erlassenen Note von den Deutschen Regierungen eingegangen sind. Darunter eine Kollektiv-Erklärung von Preußen, Baden, beiden Hessen u. A. — im Ganzen 28 Staaten — denen sich nachträglich auch noch die beiden Schwarzburg angeschlossen haben. Das Schreiben des Reichs-Ministeriums spricht die Hoffnung aus, daß die Ausstellungen und Bemerkungen der Regierungen jede zulässige Berücksichtigung finden werden, um zu einer wünschenswerthen Verständigung zu gelangen, — keiner Vereinbarung, denn durch die Annahme des Vereinbarungs-Prinzips würde das Werk ein unmögliches werden und die National-Versammlung müsse in höchster Instanz entscheiden — woran der Antrag geknüpft wird, das reiche Material dem Verfassungs-Ausschusse zur Prüfung und geeigneten Benutzung zu überreichen.

v. Gagern: Der Druck obiger Beilagen ist bereits so weit vorbereitet, daß sie morgen in den Händen der Mitglieder sein werden. Nachträglich ist mir noch eine Hannoverische Note zugegangen, die ich jenen Beilagen beifügen werde.

Pfeiffer von Adamsdorf stimmt mit der Verweisung dieses Materials an den Verfassungs-Ausschuß überein. Allein diese Verweisung soll nur geschehen mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die Versammlung nicht etwa aus zu hochgespannten Ansichten von ihrer Macht, sondern in der Erkenntniß, daß eine Vereinbarung nimmermehr zum Ziele führen könne, — die Aeußerungen der Regierungen zwar der gewissenhaften Erwägung des Verfassungs-Ausschusses empfehlen werde, dabei aber der Nationalversammlung das letzte Wort und der endgültige Beschluß vorbehalten bleibe. Er stellt daher einen desfalsigen Antrag, der zugleich dahin geht, daß der Verfassungsausschuß seine Arbeit in der Art beschleunige, daß am 5. März die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs beginnen könne. (Bravo!) Stellen Sie dem diplomatischen Nebel, der sich um uns lagert, die einfache Thatsache entgegen, daß es noch eine deutsche Nationalversammlung giebt. Es folgt eine lange Diskussion, bei welcher u. A. Grumbrecht aus Lüneburg sehr beißende Aeußerungen über Oesterreich thut. Ludwig Simon und Genossen verlangen Uebergang zur Tagesordnung. Makowiczka und Genossen wollen die zweite Lesung der Verfassung auf den 15. März verschoben haben. Der Minister-Präsident erklärt, daß er dem, was Pfeiffer entwickelt habe, prinzipiell durchaus nicht entgegen sei, es aber selbst der Geschäftsordnung nicht ganz gemäß halten würde, wenn man schon jetzt einen Tag festsetzen wollte. Die Erwartungen, die ein Vorredner ausgesprochen, veranlassen v. Gagern zu der Bemerkung, daß Oesterreich seinen Ausspruch vom 4. Februar, wornach seine Erklärung erst abgegeben werden soll, nachdem die Nationalversammlung ihr Verfassungswerk beendet haben werde (Hört! Hört!), bis jetzt weder zurückgenommen, noch irgend modifizirt habe. — Der Redner spricht schließlich den Wunsch aus, daß die Versammlung sich mit möglichster Einstimmigkeit über die wichtigsten Fragen aussprechen möge, und mahnt zu dem Ende dringend ab von einer Stammesanimosität, einer solchen Gehässigkeit des Beschuldigens zwischen einzelnen Stämmen, wie sie heut gehört worden.

Nachdem noch einige Anttäge gestellt sind, wird der Schluß der Debatte beliebt und zu den Abstimmungen geschritten. Deren finden im Ganzen 7 Statt, darunter 4 bei Namensaufruf. Nachdem sämmtliche Anträge verworfen worden (auch der Pfeiffer'sche mit 252—221 Stimmen), so gehen nach endlichem Versammlungsbeschluß die vom Reichsministerium vorgelegten Papiere ohne nähere Bestimmung eines Termins an den Verfassungsausschuß. — An den Ausschuß für Geschäftsordnung geht ein Antrag vom Grafen Dehm, Arneth, Beda Weber und Genossen, daß die National-Versammlung ihre Mißbilligung über die von Grumbrecht gegen Oesterreich gethanen Aeußerungen aussprechen solle. Nächste Sitzung morgen.

Sigmaringen, den 18. Febr. Die Frage über den Fortbestand des Fürstenthums als selbstständigen Staates ist entschieden. Es wurde zwar, wie öffentliche Blätter seiner Zeit berichteten, ein Vertrag beim Reichsministerium in Frankfurt wegen Einverleibung unseres Fürstenthums in einen der benachbarten Staaten geschlossen, jedoch die Ratifikation dem Könige von Preußen vorbehalten. Diese Ratifikation ist nun nicht erfolgt.

Wien, den 27. Febr. Reichstagssitzung. An der Tagesordnung ist §. 14 der Grundrechte. Derselbe wird in folgender amendirter Form mit großer Majorität angenommen: „Keine Religionsgesellschaft (Kirche) genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Niemand kann zu religiösen Verpflichtungen eines Cultus, zu welchem er sich nicht bekennt, vom Staate gezwungen werden. Eben so wenig darf zur Einhaltung von Verpflichtungen, die Jemand durch geistliche Weihen oder Ordensgelübde übernommen hat, ein Zwang angewendet werden.“

— Aus Mailand erfährt man, daß Feldmarschall Radetzky sämmtlichen Offiziersfrauen den Auftrag ertheilt haben soll, die Stadt zu verlassen. Auch soll das Kastell auf zwei Monate mit Lebensmitteln versehen und sieben Bataillone in dasselbe gelegt worden sein. — Der „Figyelmezö“ will wissen, Perczel sei incognito in Pesth gewesen, und die Polizei, die zu spät benachrichtigt wurde, habe sich in Bia noch der Pferde desselben bemächtigt. Ueberhaupt beginnen wieder in Pesth die abenteuerlichsten Gerüchte zu spuken; so soll Kossuth nächster Tage Pesth und Ofen erobern wollen, um den 15. März in Wien zu feiern. So widerlegt die Pesther Zeitung ein Gerücht: die Insurgenten näherten sich Pesth und hätten bereits 30,000 Mann stark Gyöngyös besetzt, welches Gerücht seinen Ursprung in einem Transport Kranker aus dem überfüllten Feldspital zu Gyöngyös in das Garnisonsspital zu Pesth hat. Aus Debreczin hört man nichts von Bedeutung. Die Sache Kossuth's wird in ihrer Agonie nicht minder theatralisch betrieben, als zur Zeit ihrer Blüthe. Kossuth's Frau soll in Debreczin große Truppenmusterungen in einem sechsspännigen Wagen halten, dessen Pferde sie wie Bellona selbst leitet. Der Krieg wird unterdessen mit steigender Erbitterung von beiden Seiten geführt. In Mikloſch hatte Feldmarschall-Lieutenant Graf Nugent bei seinem Durchmarsche einige und vierzig Kranke zurückgelassen. Sogleich nach seinem Abmarsche wurden sie ermordet. Darauf kehrte Nugent um und der Ort wurde geplündert und eingeäschert. Längst der Vorpostenkette kam es neulich an der Theißbrücke bei Cziboghaza zu einem Gefechte, bei welchem die Brücke in Brand gerieth. Trotz des heftigsten Kanonenfeuers hatten die k. k. Truppen nur einen Verlust von 4 Pferden. Die Honveds ergriffen wie gewöhnlich die Flucht.

Pesth, den 23. Febr. Zu den Neuigkeiten des heutigen Vormittags gehört ein Treffen bei Szolnok, wo die Kaiserlichen bei dem daselbst von ihnen besetzten Brückenköpfen des linken Theißufers von einer großen Abtheilung Honveds plötzlich überfallen wurden, aber die andringenden Haufen mit großer Tapferkeit zurückschlugen. Es fielen 6 Honveds, worauf die ganze Rotte eiligst das Weite suchte. Der Stadt Gyöngyös, die durchaus nicht frei davon ist, an der Gefangennahme des Obersten Gr. Montecucoli sich betheiligt zu haben, wurde eine Brandsteuer von 50,000 Fl. auferlegt. Auch die Pesther Judengemeinde soll im Sinne der in den letzten Tagen erlassenen Proklamation, da zwei Mitglieder aus ihrer Mitte soeben des fortgesetzten Verkehrs mit den Rebellen bezichtigt wurden, zur Leistung des in jenem Aktenstücke stipulirten Strafgeldes von 40,000 Fl. angehalten werden.

Pesth, den 24. Febr. Die Ungarische Armee hat sich wieder entfernt. Kaum wurden die Insurgenten vom F.-M.-L. Schulzig angegriffen, so stoben sie in 4 Colonnen auseinander, und suchten in vielen Richtungen das Weite. Der Feldmarschall war selbst gestern nach Gödöllö hinausgezogen, und man versichert, daß Se. Durchlaucht anfangs beabsichtigt hatte, die Magyaren näher herankommen zu lassen, um sie entscheidend aufs Haupt zu schlagen. Das Hauptquartier selbst soll jetzt von Pesth weiter hinunter verlegt werden, und die K. Truppen nehmen nunmehr die mächtige Militairkette von Waitzen bis Losoncz und von Hatvan bis Szolnok ein.

Beba, den 15. Febr. Vorgestern früh bestürmten die Magyaren mit der ganzen Szegediner Besatzung Sörig, steckten dasselbe in Brand, mußten aber dafür stark büßen, indem sie in bedeutender Zahl von den Serbischen Truppen niedergehauen wurden. Das von Knicjanin geleitete Gefecht dauerte vom frühen Morgen bis zum Abend. Die Magyaren flohen hierauf in wilder Unordnung. Auf der Theiß und Marosch angelangt, brach die Eisdecke unter den Fliehenden, welche zur Hälfte untersanken. — Soeben erfahren wir, daß Knicjanin die Vorstadt von Szegedin occupirt habe, und daß die Magyarischen Horden bei Maria Theresiopol sich concentriren, um daselbst eine Hauptschlacht zu liefern.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 27. Febr. National-Versammlung. Sitzung vom 27. Febr. Anfang $1\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident Marrast. In den Abtheilungs-Sälen wurde die Kommission für Prüfung des Projekts der Louvre-Vollendung gewählt. Nach dem Protokoll finden sich die Deputirten ziemlich zahlreich ein. Fould überreicht mehrere Bittschriften von Arbeitern, welche von der Regierung die Mittel verlangen, sich nach Algerien überzusiedeln. Andererseits melden die Blätter, daß die im Herbst dahin gefahrenen Kolonisten die Regierung beschwören, sie kostenfrei wieder nach Frankreich zurückzubefördern. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Wahl-Gesetz-Debatte. Ein Anhang zu Art. 78.: „Den Beamten ihre Grade während der Dauer ihrer Volks-Mandate zu sichern,“ der an den Ausschuß zu nochmaliger Prüfung gewiesen worden war, wird zunächst vorgenommen. Die Fassung der Kommission geht durch. Marrast: „Wir gehen nun zu Artikel 87., bis wohin gestern die Debatte gerückt war, über.“ Es herrscht einige Aufgeregtheit im Saale; erstens handelt dieser Artikel von den Taggeldern; zweitens vermuthete man eine Zwischendebatte über Italien. Marrast liest aber den Artikel vor: „Die Geldentschädigung für die Deputirten ist jährlich auf 9000 Franken veranschlagt laut Art. 38. der Verfassung. Außer dieser Entschädigung darf, mit Ausnahme der im Artikel 77 angeregten Fälle, kein Deputirter einen Staatsgehalt beziehen.“ Raudot schlägt 800 Franken monatlich vor. (Oh! oh!) Wird verworfen. Morin 6000 Franken jährlich. (Oh! oh! Lärm. Man pfeift sogar, was einen heftigen Sturm hervorruft.) Der Kommissions-Paragraph wird angenommen. Luneau stellt den Antrag, hinzuzufügen: „Das Dekret vom 16. Juli 1848 (welches die Taggelder der Deputirten für unangreifbar erklärt) ist abgeschafft.“ Nach langer Debatte mit 542 gegen 185 Stimmen angenommen. Schölcher beantragt, den Deputirten der Kolonieen die Ueberfahrtskosten zu vergüten. (Ja, ja! Nein, nein!) Wird mit 376 gegen 314 Stimmen genehmigt. Gent fragt, von welchem Tage an ein Deputirter sein Taggeld beziehe. Billault antwortet: Vom Tage der Zulassung an. Die Versammlung geht nun zu Art. 88. und folgenden über, welche von den Strafen handeln, die auf Fälschungen, Wahlbestechungen und sonstige Manöver gesetzt sind. Artikel 88: „Fälschungen der Wahllisten u. s. w. werden mit ein- bis zwölfmonatlichem Gefängniß und 100 bis 1000 Fr. Geldbuße bestraft.“ Angenommen. Artikel 89 bis 95, alle von Strafbestimmungen handelnd, gehen durch. Morhery beantragt den Zusatz zu Artikel 95: „Mit denselben Strafen sollen belegt werden: die Geistlichen aller Kulte, welche in den Tempeln oder an anderen Orten, die dem Kultus gewidmet sind, Wahllisten austheilen oder gegen die Wahlfreiheit der Bürger handeln, sei es, indem sie das Gewissen derselben einschüchterten, sei es durch Predigten, in denen sie einen der Kandidaten angreifen, die sich den Wählern vorstellen.“ Stimmen links: Und im Beichtstuhle die Frauen! (Oh! Oh! Lärm zur Rechten.) Morhery's Zusatz fällt durch. Die Debatte über die Art. 96 bis 107, bei welchem die Diskussion abgebrochen wird, bietet kein Interesse. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

Spanien.

Madrid, den 20. Febr. Bei dem großen costümirten Ball, den die Königin am 18. gab, erschien die Königin selbst in dem Costüm einer Schweizer-Bäuerin. Unter den Damen, die sich durch ihre reichen und geschmackvollen Costüme auszeichneten, waren Mme. Weisweiler als Maria Stuart, die Gräfin Esterhazy als Spanische Maja (Elegante), die Herzogin v. Angola als Elisabeth von Valois u. s. w. Unter den Männern erschien der Herzog v. Sesto als Mexikaner und der Sohn des Herzogs v. Castrotorreno als Grieche. Der Ball endigte um 5 Uhr Morgens, und zwar, wie gewöhnlich, mit der Polka monstre.

Belgien.

Brüssel, den 27. Febr. Kaum ist ein Schein von Ruhe, eine kleine Hoffnung auf Consolidirung der Europäischen Verhältnisse eingetreten, so zeigt sich auch Belgien wieder rührig und geht den übrigen Nationen mit gutem Beispiele voran. Die anonyme Gesellschaft für den Ausbau der Eisenbahn von Namur nach Lüttich und deren weitere Abzweigungen, — eine Unternehmung, welche die Reise von Köln nach Paris fast um den vierten Theil abkürzt, kündigt an, daß sie sich Behufs der Vollendung ihrer Aufgabe, mit den beiden großen hiesigen Banken für die Negociirung einer Anleihe von 12 Million 500,000 Frs. verständigt hat. Die Arbeiten werden demnach gleich wieder aufgenommen und ununterbrochen fortgesetzt.

Schweiz.

Bern, den 24. Febr. Nach einem Berichte des Dr. Staufen, Arztes in einem Neapolitanischen Schweizer-Regimente, ist die Lage des gemeinen Soldaten in diesen capitulirten Regimentern entsetzlich. Der strengste Dienst mit den härtesten Strafen bei dem geringsten Subordinationsfehler, völliger Mangel aller rein menschlichen Vergnügungen, die einzige Erholung in den Schweizer-Tavernen bei berauschenden Getränken, Galeerenstrafe bei härteren Vergehen, die schlechteste ärztliche Behandlung in den Spitälern, wohin die Schweizerärzte nicht zugelassen werden, Proselytenmacherei gegen Geldverspre-

chungen ꝛc.: alle diese Ursachen bewirken den physischen und moralischen Ruin der gemeinen Soldaten, die von ihren Offizieren, meist patrizischer Herkunft, mit Kälte und soldatischem Despotismus behandelt werden. Deswegen nehmen die Selbstmorde in den Regimentern auf eine Schrecken erregende Weise zu. — Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, in Rücksicht der Capitulationen keinen Antrag an die Bundesversammlung zu bringen, weil die Verträge in den Bereich der Cantonal-Souveränetät fallen. — Die Goldexploitation in Californien zeigt bereits auch in Solothurn ihre Wirkungen. In der Nachbarschaft dieser Stadt kamen in einer Woche 1600 Louisd'or in den Handel, die vielleicht seit Jahrzehnten das Licht nicht mehr erblickt hatten.

Italien.

Rom den 24. Febr. (A. Z.) Auf eine Interpellation des Deputirten Politi vom 8. antwortete der Minister des Auswärtigen wegen Unwohlseins schriftlich: mit der Flucht des Papstes habe jede offizielle Verbindung zwischen der Regierung Roms und dem diplomatischen Corps aufgehört; von einem Protest, den die auswärtigen Mächte und Gesandten in Rom bei Gelegenheit der päpstlichen Abreise ausgestellt hätten, finde sich in den Protokollen des Ministeriums nichts, ein solcher lasse sich auch nicht voraussetzen, da in der Diplomatie die Mittheilung eines Protestes einem solennen und offiziellen Verkehr mit einer Regierung, einer Anerkennung derselben gleichkomme. Auf dem unter dem vorigen Minister des Auswärtigen an ihn abgegangenen ersten Brief der Minister, in dem sie ihn um Instruktionen baten, habe der Papst nicht geantwortet, ebensowenig habe er den zweiten unter Galleti an ihn abgegangenen Brief, in dem die Minister ihr Amt niederlegten, erwiedert, man müsse denn den unförmlichen Protest vom 27. November für eine Antwort ansehen. Seit der Zeit endlich, da er, der gegenwärtige Minister des Aeußeren, im Amt sei, habe zwischen den Ministern und dem Papst zu Gaeta keine Unterhandlung stattgefunden. Eine Verbindung zwischen ihnen und dem Papst sei nach der Exkommunikation und dem sonst nach der Bildung des Ministeriums von Gaeta her Vorangegangenen oder gleich Nachgefolgten unmöglich.

Florenz, den 21. Febr. In Livorno fand am 16. Febr. eine Versammlung aller Clubs statt, in denen beschlossen ward: eine Commission von 30 Deputirten jedes Clubs, im Ganzen von 360, solle mit dem Generalstabe der Nationalgarde und mit dem Municipium am 18. Februar nach Florenz gehen, um die augenblickliche Vereinigung mit Rom und die Proclamation der Republik zu verlangen. — Hier gab der Volksclub am 18. den eingeschriebenen Freiwilligen, die sich auf 1000 Mann belaufen, auf freiem Platze ein Bankett. Nachdem das Bankett zu Ende war, sammelte sich die Menge auf der Piazza del Popolo, Fahnen und die bezeichneten Deputationen voran; unter den Loggien dell Orgagna stand der Volksklub beisammen. Der Vorsitzer nahm das Wort und las dem versammelten Volk ein „aufrührerisches Proclama von de Laugier (dem dem Großherzog treu gebliebenen General) vor, hernach sprach Mazzini, indem er dem Volke die Nothwendigkeit zeigte, Maßregeln zu treffen, die den Umständen gewachsen seien. Der Fürst habe sich zum Erreger eines Bürgerkriegs gemacht, und den Drohungen des de Laugier und der andern Vaterlandsfeinde müsse man mit energischen und entschiedenen Thaten begegnen. Zuletzt las Gustav Modena, im Namen des Clubs, eine Verfügung, welche die Entsetzung des Fürsten enthielt, die Proklamation der Republik, die unmittelbare Einigung mit Rom und die Ernennung eines Vertheidigungs-Comité, das aus den Bürgern Guerrazzi, Montanelli, Zannetti gebildet sei. Das Decret wurde mit Acclamation angenommen. Gleich darauf begab sich eine Deputation der Clubs zu den Mitgliedern der provisorischen Regierung, um bei diesen die Annahme zu bewirken. Ein wenig später kam sie herunter und verkündete durch ihren Präsidenten der Menge: die Regierung nehme unter der Bedingung an, daß das Volk sich bereit zeige, dahin zu marschiren, wohin das Bedürfniß des Vaterlandes es rufe. Die Antwort der Regierung ward mit großem Enthusiasmus aufgenommen, alle Glocken läuteten u. s. w.

Wochen-Bericht.

Mit jedem Tage werden die Zustände Deutschlands unheimlicher und immer deutlicher tritt das treulose Spiel der Mächte hervor, welche im Freiheitsjubel vorigen Jahres zu schweigen klug genug waren; jetzt aber die allmählig erkaltete Stimmung wieder in ihrem Sinne und zu ihrem Nutzen zu leiten gedenken. Das Deutsche Volk soll sich nach dem Willen der Geschichte zu einheitlicher Größe und zu einem freien Gesammtleben aufraffen und das Volk hat begonnen, diese Aufgabe zu lösen. Drohend stand es auf gegen seine Fürsten, die ihm bisher in eigennütziger Beschränktheit die Bahn der Einigung versperrt, in kleinlicher Selbstüberhebung das Licht der Freiheit entzogen hatten. Die Schranken fielen; des Volkes Wille ward sein Gesetz und dieser Wille wollte das in wohlüberlegter Absicht Zersplitterte zu einem mächtigen Ganzen vereinigen: darin sah es die schönste Gewähr der Freiheit für alle Zukunft. So lange die frühern Machthaber jenen Drang der Nation als unwiderstehlich erkannten, gaben sie sich den Schein, als beschritten sie freudig mit ihr dieselben Wege; kaum gewährt die wieder erregte Stimmung des Volkes die Möglichkeit dazu, so suchen sie das Ziel zu umschleiern, damit man sich unvermerkt entferne vom Altare der Freiheit, wo nur dem Heiligthume des Gesammtvaterlandes gedient wird; damit man wieder in jene langsam tödtende Luft gerathe, deren giftiger Hauch an unseres Volks bestem Mark gefressen hat bis zu diesen Tagen; wo nichts frei ist, als die Willkür der rohen Gewalt, nichts gewiß, außer dem allmähligen Untergange der Nation. Daß diese Tendenzen wirklich verfolgt werden, hat die Oesterreichische Note zum letzten Mal klar bewiesen, nachdem schon die Maßnahmen der Baierschen und Hannöverschen Regierung deutlich darauf hingewiesen; daß man ihnen mit unumwundener Entschiedenheit nirgends entgegentreten mag, haben wir erst seit Kurzem gesehen. Denn jede, auch eine sich in diplomatischen Redensarten verbergende Zustimmung zu den Grundsätzen jener Oesterreichischen Erklärung ist eine Mitschuld an der großen Lüge, durch welche unsers Volkes reinste Hoffnungen vereitelt, die Verwirklichung der Freiheit, der Größe und Einheit unsers Volkes hintertrieben werden soll. Dieses Beharren auf dem Vereinbarungsprinzip zeigt deutlich, wie man so geschäftig ist, der Nation die ihr längst mißgönnte Selbstbestimmung wieder zu entwinden und wer die Verständigung um der Sachen willen ablehnt, sollte nichts angelegentlicher zu thun haben, als entschieden solchem Streben entgegenzutreten. — Uns scheint die Lage Deutschlands durch die zweite Preußische Note nicht viel gebessert; die verschiedenen in Frankfurt gemachten Verbesserungsvorschläge der einzelnen Bevollmächtigten zur Verfassung zeigen nur, daß auf eine rückhaltlose Hingebung der Einzelregierungen an das große Werk der Deutschen Einheit von keiner Seite zu rechnen ist. Dieselbe Gesinnung zeigt sich in den verschiedenen Erklärungen Deutscher Staaten, die in Folge der Oesterreichischen Note laut geworden sind. Bald muß auch die Nationalversammlung sprechen; dann endlich wird sich Alles entschleiern. Man kann es nur bedauern, daß die zweite Lesung der Verfassung — wohl auf Schmerlings Betreiben — immer noch hinausgeschoben wird. Ihr Ausgang und Erfolg wird identisch sein — entweder mit dem Siege des Oesterreichisch-metternichschen, durch und durch undeutschen, reactionären Prinzips — oder mit der wahren Auferstehung des Deutschen Volkes. Es wird sich zeigen, ob wir vom Wege der Revolution auf die geordnete Bahn einer ruhigen, bewußten Entwickelung übergehen werden, — oder ob eine zweite Revolution auch über die Stätten fortschreiten muß, vor denen die erste stehen geblieben ist. — Daß übrigens die Nationalversammlung sich in sich einigen werde, dazu giebt die Verbindung der Verfechter des Bundesstaats gegründete Hoffnung: daß ihre Beschüsse ausgeführt werden, darüber hat die Nation zu wachen. — Sollten nun aber wirklich die vom höchsten, ewigsten Rechte getragenen Erwartungen des Deutschen Volkes abermals an die Zukunft gewiesen werden: eine Bürgschaft ihrer endlichen Erfüllung hat uns die Nationalversammlung in dem durchaus freisinnigen Wahlgesetze geschaffen, das hoffentlich bald ganz abgeschlossen vor uns liegen wird.

Baiern ist indeß ganz seinen undeutschen Gesinnungen treu geblieben und die Oppositionspartei hat den Rücktritt des ganzen Ministeriums nicht durchzusetzen vermocht. Ihr gegenüber ist die ultramontano-pfäffische Partei thätig genug, durch eine im Lande erzeugte künstliche Aufregung den König und die Regierung des Landes ganz in ihre Hände zu bekommen. Hätte es aber noch irgend eines recht schlagenden Dokuments über den in Baiern herrschenden Geist bedurft, so könnte man nichts Klarers wünschen, als die Expektorationen des Herrn v. Letto gegen Palmerston.

Nicht viel erfreulicher sieht es in Hannover aus. Doch ist der Antrag für unbedingte Rechtsgültigkeit der Grundrechte von der Kammer mit überwiegender Mehrzahl angenommen und so wird sich denn Se. Majestät, der König Ernst August wohl bequemen müssen, sich zu suchen andere Minister. Daß die Regierung in ihrer Note an Oesterreich weder ein Kaiserthum in Deutschland, noch Oesterreichs Unterordnung unter einen andern Deutschen Staat zugeben will, kann kaum noch Wunder nehmen.

Baden hat einen wesentlichen Fortschritt gemacht, indem dort die Gleichstellung aller Konfessionen nunmehr durch ein Gesetz geregelt ist. — Ueber die sonst dort im Lande herrschende Stimmung werden hoffentlich die Kammerverhandlungen bald Aufschluß geben. Die Herzogthümer Anhalt haben die großmüthige Absicht, durch ihre Vereinigung die Zahl der kleinen Deutschen Fürstenthümer etwas zu verringern; namentlich scheint dazu für die Bewohner von Bernburg im Blödsinne ihres Herzogs ein wirksamer Hebel zu liegen. — Wichtiger noch ist die mehrfach kundgegebene Absicht dieser Ländchen, denen sich auch Hessen-Kassel, ja nach Anderen sämmtliche Norddeutsche Staaten angeschlossen haben sollen, ihre Heeresmacht unter den Oberbefehl Preußens zu stellen.

In Preußen erlaubt weder die Eröffnung, noch das bisherige Verhalten der Kammern sichere Schlüsse für die Zukunft. Der Thronrede dürfte ebensowenig ein besonderes Gewicht beizulegen sein, als sie die heftigen ihr gemachten Vorwürfe verdient. Die bisherigen Abstimmungen über Formalien zeigen jedenfalls Organisation auf der Rechten; wenigstens hat diese in den Wahlen der Abtheilungspräsidenten (unter 7 gehören ihr 6 an), so wie in der Durchsetzung des Viebahnschen Antrags auf vorläufige Geltung einer von ihr vorgeschlagenen Geschäftsordnung den Sieg errungen. — Die Stimmen der Linken haben nun noch durch die neuen Berliner Nachwahlen einen Zuwachs erhalten. Die erste Kammer hat sich in der Person Auerswalds bereits einen Präsidenten gewählt. — Beiden Kammern ist die Gelegenheit geboten, sich sogleich eine achtunggebietende Stellung zu geben: wenn sie sich ohne Rückhalt für die unbedingte Unterordnung Preußens unter Deutschland erklären. Die Regierung wird, wenn sie es ehrlich meint, dadurch die festeste Stütze erhalten; sollte sie im Geheimen andere Absichten hegen, sollten namentlich die Nachrichten von einer diplomatischen Annäherung des Kabinets an den Olmützer Hof begründet sein, so haben unsere Vertreter die Pflicht, wenigstens des Preußischen Volkes Ehre zu retten. — Unsern Waffen scheint sich in Schleswig ein Schauplatz zu eröffnen: Dänemark hat den Waffenstillstand gekündigt. Man sieht, wie die auswärtigen Mächte auf Deutschlands innere Zerrissenheit rechnen.

Unser gefährlichster Feind aber ist jetzt Oesterreich. Wie sich seine Regierung zu dem Geiste der Gegenwart stellt, zeigen die Zustände Wiens. Nicht nur, daß man neue Festungswerke gegen das Volk baut, so sind jetzt auf jede Insubordination gegen irgend eine Schildwache, auf die Beschädigung von Festungswerken u. s. f. standrechtliche Strafen gesitzt. Die Deutschen Grundrechte dürfen, wie Schuselkas Interpellation gezeigt hat, nicht einmal als Drucksachen verkauft werden; Deutsche, die nicht besondere Erlaubniß haben, werden als Fremde aus der Stadt gewiesen. — Nebenher beräth dann freilich in Kremsier noch der Reichstag; aber das Ministerium kümmert sich um alle seine Maßregeln nicht weiter. Diese sind immerhin ganz freisinnig zu nennen; der Fünfer Ausschuß hat direkte Wahlen bei geringem Census, ein nur suspensives Veto beantragt. — Das Ministerium zieht die für das Land und für es selbst unwürdigste Stellung der Volksvertreter jeder klaren Willensäußerung vor; hat es erst die Hände mehr frei, als jetzt, so wird die Auflösung des Reichstags nicht lange auf sich warten lassen.

Ueber Oesterreichs innige Verbindung mit den Russen hat der Einmarsch der Letzteren in Siebenbürgen, den Oesterreich, wie es sagt nur aus Menschlichkeit nachgesucht hat, Klarheit verschafft; zugleich aber auch über die Schwäche Oesterreichs, das sich allein nicht mehr zu helfen wußte. — Wir vermögen unter diesen Umständen die Siege Puchners über Bem nicht eben hoch anzuschlagen; das Wichtigste dabei ist, daß die Russen nun auf den politischen Schauplatz getreten sind und daß sie für jeden Fall an einem Deutschen Staate eine gute Stütze haben. — Im Uebrigen sind die Erfolge der Oesterreicher in Ungarn nicht glänzend. Görgey hat ihnen Kaschau wieder entrissen. — Arad, eigentlich von den Oesterreichischen Truppen genommen, ist wieder an die Magyaren verloren gegangen.

Italien hat indeß die folgenschwersten Umwälzungen erlitten; nicht nur in Rom, auch in Toskana ist die Republik proklamirt. Die bisherigen Kammern sind hier von der provisorischen Regierung aufgelöst: man will nur noch eine Kammer. Einige schwache Versuche, welche gegen diese Wendung der Dinge von der reaktionairen Partei namentlich in Genua gemacht wurden, sind glücklich beseitigt; das Militair hat sich der neuen Regierung angeschlossen und im Lande regt sich bis jetzt kein Widerspruch; nur Elba scheint einem Anschlusse an Frankreich geneigt. — Ein Keim bedenklicher Zwietracht liegt in dem einflußreichen Volksverein in Florenz, der die Regierung in mancher Beziehung zu lähmen scheint. — Das Nächste, was nun zu erwarten, ist die Vereinigung der Toskanischen mit der Römischen Republik, welche vom Volke bereits laut begehrt wird. — Auch ist es nicht unmöglich, daß sich die republikanische Bewegung auch noch über Sardinien ergießt; wenigstens ist die Stimmung gegen Karl Albert und gegen Gioberti, dessen Liberalismus sich doch nicht bis zur Aufhebung des Papstthums erheben kann, eine bedenkliche und die Grenze wird von einem Heere von 20,000 Lombardischen Flüchtlingen bedroht.

Das Römische Executivcomité, welches von vier Mitgliedern der Constituante überwacht wird, geht vor Allem darauf aus, sich Geld zu schoffen. Dazu bietet sich die Einziehung geistlicher Güter als bequemstes Mittel dar. Inzwischen sind die Beamten ihres Eides gegen den Papst entbunden und von nun an geschieht Alles im Namen Gottes und des Volkes.

Zur Restitution des Papstes ist indessen dem Vernehmen nach eine heilige Allianz zwischen Oesterreich, Neapel, Sardinien und Frankreich geschlossen. Daß Oesterreich zur Intervention geneigt ist, hat die Besetzung Ferraras gezeigt; daß Frankreich sich der neuen Republiken jedenfalls nicht annehmen will, die neuliche Erklärung O. Barrots auf Ledru Rollins Interpellation. — Von dem Brüsseler Congreß hat bis jetzt nur verlautet, daß Oesterreich die Wiener Verträge von 1815 als Basis aller Verhandlungen um jeden Preis festhalten will.

Die Französische National-Versammlung hat sich mit den weiteren Bestimmungen des Wahlgesetzes beschäftigt. Wenn sie unter die von der Wahlberechtigung Ausgeschlossenen auch die wegen Ehebruchs Verurtheilten aufnimmt, so kann man das nur billigen; Engherzigkeit aber verräth es, wenn man fast gar keine Beamten, nicht einmal Professoren und Richter in der Nationalversammlung sitzen lassen will. Für die nächste Zukunft dürfte der von Cremieux eingebrachte Gesetzentwurf zur Beschränkung der Clubs die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

In England beschäftigen sich die Häuser jetzt mit einer Aenderung des Parlamentseides, durch welche dann auch Nichtchristen der Eintritt ins Parlament möglich wird. Die Erlaubniß zur Einbringung der betreffenden Bill ist bereits ertheilt.

Locales.

Posen, den 3. März. Im abgelaufenen Monat Februar c sind im Ganzen 1121 Fremde hier eingetroffen.

— Heutiger Wasserstand an der Brücke 11 Fuß 6 Zoll.

⊙ Aus dem Kreise Pleschen, den 1. März. Unterm 9. December pr. erließ der Ober-Präsident folgende Verfügung an sämmtliche Landräthe der Provinz: „Nach §. 4. des Gesetzes vom 31. Oktober d. J. sind die Grundbesitzer in der Ausübung des Jagdrechts nur durch die allgemeinen und besonderen jagdpolizeilichen Vorschriften, welche den Schutz der öffentlichen Sicherheit und die Schonung der Feldfrüchte betreffen, beschränkt. — Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich, diesem Gegenstande Ihre Aufmerksamkeit zu widmen, die diesfallsigen Wahrnehmungen zu sammeln, und nach drei Monaten der Königl. Regierung Ihren Bericht darüber zu erstatten, ob nach den gemachten Erfahrungen die bestehenden Gesetze auszureichen scheinen, oder event., welche ergänzenden Bestimmungen Sie für erforderlich erachten." — Wir übergeben diese Verordnung der Oeffentlichkeit, weil nur auf diesem Wege erwünschte ergänzende Bestimmungen zu erwarten stehen, denn daß die polizeilichen Vorschriften nicht ausreichen, liegt auf der Hand. Der Beweis ist hinlänglich in Ostrowo und Mieszkow geführt worden, wo seit Bestehung des Jagdgesetzes, Personen ums Leben kamen, weil Jedem freisteht, geladene Flinten mit sich herum zu tragen. Der Vortheil, der dem Einzelnen, durch das Erlegen eines Hasens in einem Jahre, entsteht, steht in einem gar zu argen Mißverhältnisse zu dem kaum zu berechnenden Nachtheile, immer Gefahren ausgesetzt zu sein.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Sitzung der Ersten Kammer vom 1. März.
Anfang 10¼ Uhr. Präsident v. Auerswald.
(Schluß.)

Nach mehrstündiger Unterbrechung, während welcher die Stimmzettel geordnet werden, wird das Ergebniß der Schriftführerwahl verkündet. Die Abgeordneten Dolffs, Bernuth, Münchhausen, Sperling, Wachler, Gruner, Könen und Wodizka sind zu Schiftführern erwählt. Außerdem haben Stimmen erhalten: Forkenbeck, Zenker, Kuh, Schleinitz, Vincke und Andere.

Eine schriftliche Mittheilung des Handels-Ministers verspricht den Abgeordneten für ihre Sendungen mit der Post unter gewissen Bedingungen Portofreiheit.

Zu Vorsitzenden in den 5 Abtheilungen der ersten Kammer sind gewählt: 1. Abth. Pommer Esche, Bornemann. 2. Abth. Baumstark, Brüggemann. 3 Abth. Jordan, Saucken. 4. Abth. Bockum-Dolffs, Walter. 5 Abth. Eichmann, v. Keltsch

Nach Erledigung dieser Förmlichkeiten theilt der Präsident mit, daß von 40 Mitgliedern der Kammer ein Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses zur Entwerfung einer Adresse eingegangen sei. Die Versammlung faßt den Beschluß, auf die Berathung dieses Antrages sofort einzugehn.

Abgeordneter Kuh: Kaum ist die Thronrede erklungen und schon sind wir um einige Hoffnungen ärmer geworden. Der Waffenstillstand von Malmö ist gekündigt. Ernste Ereignisse stehen in Aussicht. Auch

in Frankfurt sieht man auf Preußen. Die Adreßdebatte wird uns Gelegenheit geben, die Ansichten des preußischen Volkes auszusprechen. Alle diese Gründe sprechen für die Dringlichkeit einer Adresse.

Hansemann: Ich habe heute Morgen das Ansehen und die Würde der Kammer der Regierung gegenüber in Schutz zu nehmen versucht. Es liegt mir aber nicht weniger ob, das Ansehen der Regierung zu achten. Deshalb scheint es mir, daß wir die Adresse nicht eher berathen dürfen, bis die Regierung von der Konstituirung der Kammer in Kenntniß gesetzt ist. Ein solches ist nicht geschehen.

Abgeordneter Milde ist für den ursprünglichen Antrag, einen Ausschuß zur Entwerfung der Adresse niederzusetzen.

Ein Antrag Hansemann's auf Vertagung der Verhandlung wird abgewiesen und darauf die Frage:

Beschließt die Versammlung, an Se. Majestät den König eine Adresse zu erlassen?

einstimmig bejaht. Der Präsident fordert die Abtheilungen auf, morgen um 9 Uhr zur Wahl des Adreß-Ausschusses zusammenzutreten. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Adreß-Entwurf bis Sonntag in den Händen sämmtlicher Mitglieder sein werde und schließt die Sitzung um $5\frac{1}{4}$ Uhr.

Nächste Sitzung Montag, den 5. März, 10 Uhr.

Dritte Sitzung der zweiten Kammer vom 2. März.

Präsident: Lensing.

Die Ministerbank ist leer.

Das Protokoll der vorgestrigen Sitzung wird verlesen. Behrends verlangt, daß auch der Protest des Ministers gegen jetzt schon erfolgte Angriffe gegen das Ministerium in das Protokoll aufgenommen werde.

Stein: Bei strikter Auslegung des §. 35. des Geschäfts-Reglements hätte auch nicht die Erklärung des Ministers über Kündigung des Waffenstillstandes ins Protokoll aufgenommen werden dürfen. §. 35. ist jedoch so zu interpretiren, daß auf das Wort müssen ein Gewicht gelegt wird. Die in jenem Paragraph aufgezählten Gegenstände müssen in das Protokoll aufgenommen werden; doch können auch andere wichtige Dinge, z. B. eine Räumung der Tribünen, eine Verlegung der Kammer nach Brandenburg dem Protokoll einverleibt werden; ich bin daher der Ansicht, daß auch die Erklärung des Ministers des Innern über die Angriffe gegen das Ministerium ins heutige Protokoll aufzunehmen ist.

von Vincke: Ich halte die Erklärung des Ministerums, daß es sich jetzt auf keine Angriffe einlassen wolle, allerdings für sehr erheblich und beantrage ebenfalls die Aufnahme dieser Erklärung ins Protokoll. — Die Versammlung tritt diesem Antrage bei. Ein Schreiben des Ministers des Handels v. d. Heydt, bezüglich auf die Portofreiheit der Abgeordneten wird vorgelesen. (Bereits mitgetheilt.)

(Auf der neben der Journalistentribüne befindlichen Zuhörerbühne findet sich General von Wrangel ein.)

Die Kammer geht hierauf zum Wahlprüfungsgeschäft über.

Referent der 2. Abtheilung: Breithaupt. Die Wahlen der Provinz Sachsen werden nach Beseitigung unwesentlicher Bedenken sämmtlich als zu Rechte beständig anerkannt.

Referent der 3. Abtheilung: Unterstaats-Sekretair Müller.

Die vorgetragenen Wahlen der Provinz Pommern werden als gültig anerkannt. (Die Staatsminister Manteuffel und v. d. Heydt treten ein.) Referent der 5. Abtheilung: Matthäi. Das Referat betrifft die rheinischen Wahlen. Die Wahl des Abgeordneten Arntz ist in Zweifel gezogen worden, weil derselbe im Auslande Professor gewesen. Abgeordn. Arntz: Meine Wahl ist vielleicht die einzige, bei welcher die persönliche Qualifikation angefochten wird. Deshalb gestatten Sie mir einige Worte zur Aufklärung. Seit 1815 gehöre ich dem preußischen Staatsverbande an. Im Jahre 1835, zur Zeit der politischen Untersuchungen, ging ich nach Belgien, wo ich zuerst Advokat, dann Professor an der Universität zu Brüssel war. Wie bekannt, ist jene Universität durchaus selbstständig und unabhängig von der Staatsregierung und verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Die Professur war also kein Staatsamt und ich konnte mithin durch die Uebernahme derselben auch das preußische Staatsbürgerrecht nicht verlieren. Was die 10jährige Abwesenheit anlangt, durch welche ebenfalls das Bürgerrecht verloren geht, so kann das Gesetz vom 31. Dezember 1842 hier nicht maßgebend sein, denn die Gesetze haben keine rückwirkende Kraft, und die zehnjährige Abwesenheit, welche zum Verluste des preußischen Staatsbürgerrechts erforderlich, kann erst vom 31. Dezember 1842 an gerechnet werden. Wollte man aber auch jenes Gesetz gegen mich zur Anwendung bringen, so würde doch daraus der Verlust meines Staatsbürgerrechts nicht gefolgert werden können; denn ich bin bereits im Jahre 1841 nach Preußen zeitweise zurückgekehrt, und seit 1835 waren damals noch nicht zehn Jahre verflossen.

Pelzer gegen die Zulassung.

Parrisius: Herr Arntz hat, als er Preußen verließ, keineswegs die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er aus dem preußischen Staatsverbande ausscheiden wolle. Ueberdies glaube ich nicht, daß die hohe Kammer Jemanden ausschließen und des Staatsbürgerrechts berauben wird, welcher bereits Mitglied der preußischen National-Versammlung gewesen!

Arntz: Nur um der Haft zu entgehen, verließ ich mein Vaterland und zog dem Kerker das Exil vor. Ich glaube nicht, daß man daraus die Absicht folgern kann: ich hätte mein Vaterland aufgeben wollen. Ich habe eine solche Vermuthung auch durch meine baldige Rückkehr in's Vaterland nach der ertheilten Amnestie widerlegt.

Die Kammer erkennt hierauf fast einstimmig die Arntz'sche Wahl als gültig an. (Bravo von der Linken.) Die übrigen Wahlen werden ebenfalls genehmigt.

Referent der 7ten Abtheilung: Sperling.

Die Wahlen der Provinz Westphalen sind Gegenstand der Berichterstattung.

Die Kammer erkennt sämmtliche vorgetragene Wahlen als gültig an. — Nächste Sitzung: Morgen um 10 Uhr.

Schluß der heutigen: Mittags 12 Uhr 30 Minuten.

Musikalisches.

Allen Musikfreunden können wir die angenehme Mittheilung machen, daß der hiesige Sinfonie-Verein schon für den nächsten Mitwoch eine zweite musikalische Soiree veranstalten wird, in welcher, außer der großartigen Mozart'schen Sinfonie in C mit der Schlußfuge, die herrliche Ouvertüre von Gluck zur Iphigenie in Aulis und die Abschieds-Sinfonie von Haydn zur Aufführung kommen werden. Wir glauben, nicht früh genug die Aufmerksamkeit des musikalischen Publikums auf diesen bevorstehenden Genuß lenken zu können!

Markt-Bericht.

Berlin, den 2. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco 26—$27\frac{1}{2}$ Rthlr., p. Frühjahr 82pfündiger $25\frac{3}{4}$ Rthlr. bez., $25\frac{2}{3}$ Br., $\frac{1}{2}$ G. Mai/Juni $26\frac{2}{3}$ bez. u. Br. Juni/Juli $27\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., 27 G., Gerste, große loco 22—25 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 14 Rthlr. Br. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{3}$ Rthlr. G., März $13\frac{1}{3}$ Rthlr. bez. u. Br., $13\frac{1}{4}$ G., März/April do., April/Mai do., Mai/Juni $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ G., Juni/Juli $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br. $\frac{1}{12}$ G, Juli/August bis Sept. nominell. Sept./Okt. $12\frac{7}{12}$ Rthlr. bez. u. Br. Leinöl loco 11 Rthlr. Br. Lief. pr. April/Mai $10\frac{1}{2}$ a $10\frac{1}{3}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $15\frac{1}{8}$ a $\frac{1}{6}$ Rthlr. bez. März $15\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 15 bez. p. Frühjahr $15\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. Br. Mai/Juni 16 Rthlr. bez u. Br. Juni/Juli $16\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. Br.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.
